

Volksrecht

für Schlesien

Angelgenpreis: Je 100 Blätter für geschäftliche Angelgen aus Schlesien 1,10 RM, auswärtig 1,30 RM. Angelgen unter Text 2,50 RM, auswärts 3,00 RM. Stellenangebote, Familienanzeigen 6,45 RM. ...

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postfach-Rkonto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 3 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Gr.-Kampstraße Nr. 5, und durch alle Kustodien zu beziehen. ...

Bürgerliche Koalition mit der U.G.P.?

Zentrum und Demokraten zur Antwort der U.G.P.

Wie wir von gut u. verrichteter Seite erfahren, werden sowohl das Zentrum, wie die Demokraten in ihrer Antwort bezüglich Erweiterung der Koalition nach links zum Ausdruck bringen, daß sie einer Beteiligung der Unabhängigen nur unter der gleichzeitigen Hinzuziehung der Volkspartei beistimmen werden.

Stegerwalds ewige Regierungsbildung.

Auf Einladung des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald fand am Montag nachmittag im preussischen Landtage eine gemeinsame Sitzung zwischen Zentrum, Demokraten, Volkspartei und Sozialdemokraten über die Umbildung der preussischen Regierung statt. Die bürgerlichen Parteien hielten anfangs strikt daran fest, daß die Umbildung der Reichs- und preussischen Staatsregierung zu gleicher Zeit vorgenommen werden muß. Schließlich einigte man sich aber dahin, daß die Fraktionen der vorgenannten Parteien für den Eintritt in die Regierung Grundforderungen aufstellen, über die am kommenden Donnerstag in einer weiteren Sitzung sachliche Verhandlungen gepflogen werden sollen.

Das Reichskabinet für das Abkommen Rathenau-Loucheur.

Die Reichsregierung beschäftigte sich in der gestrigen Kabinettsitzung mit dem Wiederaufbauabkommen Loucheur-Rathenau. Nach Vortrag Dr. Rathenaus hat sich das Kabinet für die Ratifizierung des Abkommens ausgesprochen.

Die SPD. München für den Görlitzer Beschluß.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München hat gestern mit großer Mehrheit dem Beschluß des Görlitzer Parteitages über die Regierung zugestimmt.

Hermes Botschafter in Washington?

Die Zentrumsparlamentskorrespondenz erklärt für eine Auslandsreise nach der dem Reichsminister Dr. Hermes der neu zu besetzende Washingtoner Botschaftersposten angeboten worden sei, daß die Zentrumsfraktion um ihre Meinung bezüglich des Botschafterspostens in Washington garnicht gefragt worden sei. Auch mit der Sozialdemokratie hätten keinerlei Verhandlungen stattgefunden. Nach Auffassung des Zentrums habe die Besetzung des Botschafterspostens ganz unabhängig von der Umbildung der Reichsregierung nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu erfolgen. Weiter erklärt die Korrespondenz, daß man im Zentrum einen Wechsel in der Leitung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft außerordentlich bedauern würde.

Diese Erklärung ist umso mehr zu begrüßen, als rechtsstehende Blätter bereits das Gerücht kolportierten, Hermes solle den wichtigsten Botschaftersposten bekommen, damit er nicht mit Otto Braun im Reichskabinet zusammenstehen müsse. Falls dieser, sein alter persönlicher Gegner, Reichsinnenminister würde. Eine solche Begründung für eine wichtige politische Ämterbesetzung wäre derart unglücklich, ungeschicklich, daß der agitatorische Charakter der Behauptung offensichtlich ist. Das Zentrumsbementi stellt dies fest. Es ist auch insofern zu begrüßen, als darin ein Wechsel im Reichsministerium gegenwärtig abgelehnt wird. Ein solcher Wechsel würde Dr. Hermes von der Verantwortung für die Folgen seines Ernährungsministeriums befreien, ohne daß ein Nachfolger im gegenwärtigen Zeitpunkt noch das System ändern könnte.

Schupo im Hungerstreik!

Wieder können Monarchisten und Militaristen über Neuterei in der Schupo jamnern, wie im Chemnitzer Falle. In Halle verweigern die Schupo-Beamten die Entgegennahme der Verpflegung und zwar nicht ohne guten Grund. Während die Bezüge der Beamten nur um ein Siebentel erhöht wurden, verlangen sie die Verpflegungsgeld, den Betrag, den die Beamten für Essen und Trinken entrichten müssen, von 8 Mark auf 10,50 Mark, also um fast 2/3. Die Kasernenverpflegung genügt nur den Beamten nicht, weshalb sie noch einen Teil ihres Einkommens zu der Verpflegung verwenden müssen. Dem Faß wurde aber dadurch der Boden ausgeschlagen, daß bei der letzten Gehaltsauszahlung die erhöhten Sätze für die Lebensmittel rückwirkend ab 1. August abgezogen wurden, so daß die Beamten nur etwa 300 Mark erhielten, also einen Betrag, der noch nicht einmal reicht, um die im laufenden Monate ausgehändigte Kasernenverpflegung zu begleichen. Die Anordnungen für die Zahlung eines erhöhten Verpflegungsgeldes und den rückwirkenden Abzug sind vom Ministerium des Innern getroffen worden, ohne vorher die Vertreter der Beamten zu hören. Auch das hat dazu beigetragen, daß die Beamten in Halle jetzt weigern, die Kasernenverpflegung zu empfangen. Man wird der Ansicht, daß schließlich ein Weg zur Beseitigung der Hungersnot gefunden werden muß. Mit Anwendung der militärischen Kommandogewalt, die man sich scheinbar unter Herrn Dominicus wieder zu eigen gemacht hat, ist gar nichts zu erreichen. Hoffen wir, daß das System Dominicus bald seine Erlebigung findet und ein anderer Geist im preussischen Ministerium des Innern einsetzt.

Ehrhardt bittet um Amnestie.

(Drahtbericht unseres Berliner Bureaus.) Die „München-Lugsburger Abendzeitung“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom heutigen Dienstag eine Erklärung des Kapitäns Ehrhardt, worin er erklärt, keinerlei Putschabsichten mehr zu haben. Er habe nach dem mißglückten Kapp-Putsch keinerlei Bedürfnis, sich noch einmal an solchen unvorbereiteten Plänen zu beteiligen. „Ich sehe ganz klar, daß ein neuer Putsch zum Scheitern verurteilt ist. Das Bürgertum ist gerissener denn je, die Machtmittel des Staates sind im Vergleich zum März 1920 erheblich gestärkt. Die Führer denken nicht daran, ihr sicheres Brot zu riskieren. Ich halte es für ein Verbrechen an der Nation, jetzt, wo die schwache Aussicht besteht, unsere Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, durch einen Gewaltakt stürzend und vernichtend in diesen Prozeß einzugreifen.“ Am Schluß versucht es der mutige Kapitän mit einem rührenden Appell an die Gnade der republikanischen Regierung: „Ein Fingerzeig für die Regierung: Alle die Männer, die verdammt fern von der Heimat leben, sehnen sich nach der Heimat zurück und nach friedlicher Arbeit. Weshalb gewährt man einem das nicht, wo selbst so viel amnestiert wird?“ Ganz der echte Führer preussischer Monarchisten, frech und großmütig, so lange er inmitten gehorhämiger schwer bewaffneter Truppen ist, feige Bluth, wenn sie ihre Taten verantworten sollen und schließlich Gewinnet um Gnade, wenn man keine Aussicht sieht, mit Gewalt zum Ziele zu kommen.

Korfantys Schüler im Burgenland.

(Drahtbericht unseres Berliner Bureaus.) Am Montag ist in Dedenburg die „Uebergabe Westungarns an Oesterreich“ feierlich vollzogen worden, mit anderen Worten: es wurde von den ungarischen Bevollmächtigten und dem Vorsitzenden der Generalkommission im Burgenlande ein Protokoll ausgefertigt, worin festgelegt ist, daß Ungarn das gekamte in dem Friedensverträge von Trianon und Germain Oesterreich zugesprochene westungarische Gebiet der österreichischen Regierung „übergeben“ würde. Selbstverständlich kann dieser formelle Akt nicht als tatsächliche Uebergabe Westungarns an Oesterreich gelten, solange die österreichische Regierung sich nicht in den Besitz des westungarischen Gebietes setzen kann. Bisher noch wird der „Sicherheitsdienst“ von ungarischen Gendarmen reiflos ausgeführt und auch die Verwaltungsgebäude sind nach wie vor von ungarischen Beamten besetzt. Die Post, die Eisenbahn, wie alle übrigen staatlichen Verkehrsmittel werden gleichfalls noch von Ungarn bedient.

Unser Wahlsieg in Schweden.

Aus Stockholm wird gemeldet: Das endgültige Wahlergebnis zur Zweiten Kammer des Reichstages liegt jetzt vor. Die Sozialdemokraten erhielten 640 000 Stimmen und 93 Mandate (früher 75), die Konservativen 454 000 und 82 Mandate (früher 71), die Liberalen 332 000 und 41 Mandate (früher 48), der Bauernbund 185 000 und 21 Mandate (früher 20), die Linkssozialisten und die Kommunisten zusammen 127 000, die Rechtssozialisten 6 Mandate (früher 5), die Kommunisten 7 Mandate (früher 2). Die bürgerlichen Parteien verloren also zusammen 24 Mandate an die sozialistischen und kommunistischen Parteien.

Memel.

Durch den Artikel 23 des Versailler Vertrages ist der nördlich vom Riemer gelegene Abschnitt Ostpreußens von Deutschland getrennt worden und Deutschland mußte sich verpflichten, im Voraus die Bestimmungen anzuerkennen, welche die Großmächte der Entente und ihre Verbündeten in bezug auf dieses Gebiet und insbesondere in bezug auf die Staatszugehörigkeit seiner Bewohner beschließen werden. Seitdem ist das Schicksal des Gebietes von Memel in der Schwebe und die Bevölkerung gab sich allmählich der Hoffnung hin, daß man ihr nach dem Beispiel Danzigs keine Fremdherrschaft aufzwingen werde. Diese Hoffnung ist nunmehr in grauenerregender Weise erschüttert worden durch die vor dem Völkerebund geführte öffentliche Verhandlung über den polnisch-litauischen Streit um Wilna. In dem von dem Belgier Hymans ausgearbeiteten Vermittlungsvorschlag wird das Gebiet von Memel als Ausgleichsobjekt herangezogen und in wenigen Worten Litauern als Geschenk angeboten. Es handelt sich um den Paragrafen 11 des Entwurfs, der wörtlich lautet: „Litauen wird Polen den freien Zugang zum Meer sichern und den freien Durchgangsverkehr. Außerdem werden die beiden Länder in Bezug auf den Hafen Memel ein Regime vereinbaren, das Litauen die Souveränität verleiht, aber Polen das Recht vorbehalten, den Hafen ebenso wie der Riemer jederzeit für alle Arten des Transports zu benützen einschließlich Munition und Kriegsmaterial. Wenn das Einvernehmen zustande kommt, so würde Herr Hymans den Völkerebund ersuchen, es bei den alliierten Großmächten zu beschleunigen.“ Der ganze Vermittlungsvorschlag Hymans ist vom Völkerebund in öffentlicher Sitzung gebilligt worden, ohne daß es zu einer Erörterung über seine Einzelheiten kam; nur der Vertreter Bolens, Asenafsch, erhob bezeichnenderweise Widerspruch gegen das Recht Litauens auf ein Gebiet, dessen Bewohner nichts gegen den Litauern mitzudenken müssen.

Bismards Sturz und das Ende der Monarchie.

Der nun auch für Deutschland endlich freigegebene dritte Band der „Gedanken und Erinnerungen“ hat neben anderen wichtigen Aufzeichnungen von Zeitgenossen dem Privatdozenten Wilhelm Schüller als Material für eine aufschlußreiche wissenschaftliche Arbeit gedient, die soeben unter dem Titel „Bismards Sturz“ bei Quelle und Meyer, Leipzig, erschienen ist. Dem Verfasser hat es fern gelegen, eine Parteischrift zu schreiben, er sieht in Bismard den Helben einer Tragödie, der schuldig-unschuldig „die Beute eines Schicksals“ wird, das er zum Teil sich selbst verschafft, er sieht auch in dem letzten deutschen Kaiser zwar keinen Helben, wohl aber einen tragisch Irrenden, den die Geschichte schuldig gesprochen. Doch in diesem Urteil der Geschichte sieht er zugleich das Walten einer unerbittlichen Gerechtigkeit und die Bestätigung eines Bismardschen Satzes: „daß alle politischen Fehler sich früher oder später rächen und daß die Geschichte genauer ist, als selbst die preussische Oberrechnungskammer“.

Wie dieser Satz sich im November 1918 in dem schmachvollen Ende der wilhelminischen Herrschaft erfüllt hat, so war er im März 1890 schon an Bismard selbst in Erfüllung gegangen. Denn was dessen Sturz — nicht plötzlich, sondern viel allmählicher als es damals die Öffentlichkeit ahnte — herbeigeführt hat, das waren politische Fehler von weit größerem Ausmaß, als die von den Anbetern des Altmeisterkanzlers so hochgepriesenen Vorzüge seiner Politik. Ein Grundzug, vielleicht der stärkste, in Bismards Wesen war seine Feindschaft gegen die Demokratie. Mit leidenschaftlichem Haß hat er sie während seiner ganzen Laufbahn bekämpft. Lieber wollte er alles erleiden, was ihn treffen konnte, lieber im Bürgerkrieg seinen Kopf aufs Spiel setzen, ehe er sich dem parlamentarischen System, dem „Willen der Majoritäten“, beugen wollte. In solchen wiederholt zornig hingeworfenen Äußerungen lag aber kein großer Ton des endgültig gewonnenen Sieges“. Vielmehr der unbestimmte Glaube, daß die Demokratie, die Republik, die noch kommen und die Majoritätsidee den Sieg gewinnen würde. So kämpfte Bismard, zumal in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft, nur noch in der Vorahnung seiner eigenen Niederlage und — seit Wilhelm II. am Ruder war — im vollen Bewußtsein, daß es mit der Monarchie auch in Deutschland unaufhaltsam zu Ende ging.

Wie viel er selbst noch dazu beigetragen hat, ihn Grab zu schaufeln, läßt sich heute erst in weiterem Umfang überschauen. Kein anderer als Bismard selbst ist es gewesen, der Wilhelm II. in seinem abergläubischen Wahn, daß er zum Selbstherrscher berufen sei, so lange bestärkte, bis dieser trotz seiner Unerfahrenheit in allen politischen Dingen es sich tatsächlich angelegen sein ließ, „die größte Rücksichtslosigkeit zu üben gegen Beschlüsse und Wünsche von Ministerien und Parlamenten“. Hatte der alte Ränkefahndler von Friedriehsruh mit seiner Vereinfachung des jungen, ohnehin schon überspannten Monarchen darauf spekuliert, daß er aus ihm ein noch bequemeres Werkzeug seiner Politik machen könnte, als es schon der alte Kaiser gewesen, so mußten sich freilich die bittersten Kämpfe ergeben, als Wilhelm II. nun tatsächlich sein eigener Kanzler werden wollte. Weit entfernt, sich dabei irgend eines Undanks gegen den „Reichsgründer“ bewußt zu sein, hielt Wilhelm vielmehr den Kanzler für undankbar und wankelmütig, weil dieser, statt sich der politischen Fuharenstreiche des jungen Herrn zu freuen, nur immer unverhüllt seinen tiefen Groll darüber zu erkennen gab.

Diese menschlich-allgemeinliche Tragikomödie des alten Kanzlers und des jungen Kaisers hätte leicht schon in den Jahren 1888 bis 1890 zur welgeschichtlichen Katastrophe führen können. Augenpolitisch zu dem Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Rußland, den damals Waldersee und seine Generalstabschefs führten, wobei sie sich des parabelsternen Kaisers als Vorspann bedienten, innerpolitisch zu dem „blutigen Katastroph“ wie Bismard den von ihm herbeigewünschten Zusammenstoß mit der Arbeiterklasse nannte, bei dem er die soziale Frage nach seinem Rezept, nämlich mit Blut und Eisen, zu lösen gedachte. Wenn es damals noch zu seiner der beiden am politischen Horizont aufstrebenden Katastrophen noch ein

eben nur zum Bruch zwischen Bismarck und dem Kaiser gekommen ist, so darum, weil eben nicht die sogenannten „großen Männer“ die Geschichte machen, sondern umgekehrt die Geschichte kraft der in ihr wirkenden Entwicklungsgehalte sich die Menschen formt, die sie zur Vollführung ihrer Gesetze braucht. Daß weder Bismarck noch Wilhelm II. berufen waren, die soziale Frage zu lösen, oder sie auch nur ihrer einzig möglichen Lösung im internationalen Rahmen entgegenzuführen, läßt sich an dem Schicksal der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 erweisen. Auch über ihre Entstehung erzählt man aus Schöpfers Buch mancherlei Neues und Bezeichnendes. Zunächst spielte da Bismarcks Eifersucht eine gewisse Rolle, da die von ihm 1881 eingeleitete soziale Gesetzgebung — Kranken- und Unfallversicherung — nach seiner Meinung die sozialen Pflichten des Staates vollkommen erfüllte. Weitergehende Forderungen, wie Einführung eines Normalarbeitstages, Verbot der Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit, hatte er im Reichstag wiederholt mit aller Schärfe zurückgewiesen, weil er darin unerlaubte Eingriffe in die „persönliche Freiheit“ sah. Den Einwand, daß die Arbeiter mit den bestehenden Verhältnissen, die eine schrankenlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zuließen, nicht zufrieden sein konnten, tat er mit der kraut- und schlotjanckerlichen Bemerkung ab: „Solange der Arbeiter noch jemanden sieht, der es besser hat, als er selbst, wird er unzufrieden sein. Ueberdies gibt es auch keine zufriedenen Millionäre“. Der Staat müsse sich deshalb auf die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall- und Invalidität beschränken, alles weitere sei den Koalitionen der Arbeiter und der Unternehmer zu überlassen, wobei der Staat sich aber hüten sollte, irgendwie für die Ansprüche der Arbeiter einzutreten.

Es läßt sich leicht denken, mit welcher Wut es Bismarck, der so dachte, erfüllen mußte, als aus Anlaß einer großen Streikbewegung 1890 der Kaiser einen Konrat einberief, vor dem er seine sozialpolitischen Ansichten auszusprechen, die u. a. in folgenden Sätzen gipfelten: Bei der schnellen Entwicklung der deutschen Industrie seien Massen von Proletariern entstanden, um die sich die Arbeitgeber nicht genügend gekümmert hätten. Im Gegenteil, sie hätten die Arbeiter ausgebeutet wie die Zitronen und dann auf dem Markt verkauft lassen. (Auszeichnungen des Ministers v. Dincus). Die Frucht dieser Unterlassungen sei das Anwachsen der Sozialdemokratie. „Wie eine Kompanie verrottet, um die sich der Hauptmann nicht kümmert, so sei es auch in der Industrie“. Gegen die von sozialistischen Agitatoren angeführten Arbeiter die bewaffnete Macht einschreiten zu lassen, sei beklagenswert, man müsse alles aufbieten, um dieses Unglück zu verhindern usw.

Bismarck witterte in alledem — und gewiß nicht mit Unrecht — ein Komplott seiner Feinde, die den Zwiepsalt, der zwischen ihm und dem Kaiser aus anderem Anlaß schon offenkundig geworden war, zu erweitern trachteten. Nur zu diesem Zweck hatten sie dem Konrat die Idee, sich als „Arbeiterkaiser“ populär zu machen, eingeblasen. Umso stärker widerlegte sich der Kaiser nun den Plänen, die Arbeiter durch Erlaß von Arbeitergesetzen zu versöhnen, um so tiefer verbohrt er sich in die Absicht, es zu einem inneren Konflikt zu treiben, der die Unmöglichkeit, der sozialen Revolution auszuweichen, beweisen sollte. So kam das Sozialistengesetz zu Fall, weil es die Kartellmehrheit des Reichstags nicht in der von Bismarck gewünschten schärferen Form annehmen, dieser selbst aber sich mit einem Kompromiß nicht begnügen wollte. Bismarcks Hintergedanke war dabei, was aus seinen eigenen Äußerungen auch dem Kaiser gegenüber zweifellos hervorging, daß die Sozialdemokratie nach Aufhebung des Gesetzes zu Gewaltangriffen gegen den Staat schreiten und ihm damit erwünschten Anlaß geben würde, nicht nur ein noch weit härteres Ausweisungsgesetz im Reichstag durchzubringen, sondern durch Entziehung des Wahlrechts die Möglichkeiten sozialdemokratischer Propaganda mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Zur Ausführung dieser wahrhaft „großartigen“ Absicht ist Bismarck nicht mehr gekommen. Einmal tat ihm die Sozialdemokratie nicht den Gefallen, den Weg der Gewalt zu beschreiten, auf dem sie der „eisernen“ Kanzler rasch und blutig erledigen wollte. Sie gewann nur einen ungeheuren Wahlerfolg und schüchterte damit den Kaiser und dessen neue Ratgeber dermaßen ein, daß der „neue Kurs“, der bald danach in halblodem Zickzack verlief, beschlossene Sache war. Bismarck, der einst — während der 99 Tage unter Friedrich III. — geäußert hatte, selbst wenn man ihn hinauswerfen wolle, würde er sich fest an seinen Stuhl halten und nicht gehen, machte nun die kampfhaftesten Versuche, doch noch im Amt zu bleiben und sich mit dem Kaiser wieder auszuöhnen. Doch „es gelang nichts mehr“. Von allen Parteien, zuerst den allezeit „königstreuen“ Konservativen, im Stich gelassen und mit Verleumdungen aus dem Hinterhalt bedacht (auch dies Kapitel verdient heute im Zeitalter deutsch-nationaler Aufblähung noch besondere Beachtung!) fiel er zuletzt über eine Meinungsverschiedenheit mit dem Monarchen wegen der Auslegung einer vergifteten Kabinetsorder, durch die er sein Recht wahren wollte, den Kaiser vom unkontrollierbaren Verkehr mit anderen Ministern und Parlamentariern fernzuhalten. Daß Bismarcks Sturz unmittelbar gerade durch eine solche Meinungsverschiedenheit herbeigeführt wurde (wobei der Kaiser allerdings zuletzt mit äußerster Schonungslosigkeit gegen den Altreichstanzler vorzugehen, gehört zu den vielen Ironien, in denen sich die Weltgeschichte immer wieder gefällt). Denn wenn die Monarchie das sein sollte, was Bismarck selbst von ihr behauptete und als was er sie in der Verfassung von 1871 verankert hatte, nämlich „lebendiges Königtum“, dann war sein Schüler Wilhelm der Letzte durchaus im Rechte, wenn er drohte, jeden zu zerstückeln, der ihm nicht parierte und diese Drohung zuerst an dem Schöpfer des „lebendigen Königtums“ selbst wahr machte.

Der wirkliche Brennpunkt von Bismarcks Sturz liegt freilich tiefer, er liegt, wie schon Oudon in seinem Laßallebuch, das Schöpfer zustimmend zitiert, gesagt hat, in der Tatsache nämlich, daß Bismarck nicht imstande war, den Gedanken des deutschen Volksstaates so zu verwirklichen, wie er einzig und allein verwirklicht werden konnte und aus tiefster historischer Notwendigkeit verwirklicht werden mußte, im Geiste der neuen Zeit, d. h. im Einklang mit Demokratie und Sozialismus. Bismarcks Entlassung hätte vor der Geschichte gerechtfertigt und dem Kaiser hätte wahrheitsgemäß vor der Katastrophe des Weltkrieges bewahrt werden können, wenn nach ihm ein wirklich neuer Kurs, der sich vornehmlich auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft richtete, eingeschlagen worden wäre. Da dies nicht geschah, unter der Monarchie auch nicht geschah konnte und außerdem in der äußeren Politik selbst die von Bismarck noch immer geübte Vorsicht gänzlich außer acht gelassen wurde, mußte sich „alles also vollenden“.

Die wissenschaftliche Erforschung und Klarlegung dieser Zusammenhänge beweist aber für die Sozialdemokratie nur dies: daß der Sieg, den sie beim Fall des Sozialistengesetzes im Oktober 1890 feiern konnte, schon den Keim jenes größeren Sieges in sich trug, den sie im November 1918 erringen sollte.

Das Vereinsabzeichen.

Nach dem parlamentarischen Bericht der Reichstages-Presse hat der sozialdemokratische Redner zur Grabsberger-Debatte, Abgeordneter Thiel, im Reichtage von der linken Bank aus für die Abgabe der Rechte geäußert. Wie die Reichspresse darüber berichtet, daß die Sozialdemokraten neben der Schwarzrot-goldenen Fahne der Reichswehr auch das rote Banner des Sozialismus führen. In welche die Fahne einzulegen lernen, daß die Fahne die Schwarzrot-goldene Fahne und die Fahne der Reichswehr sei — das ist neu und ganz Neues hat man angemerkt, es sei die Fahne des Reiches und das Banner der Reichswehr, welche das Reichsrecht wieder herstellten wollten. Aber jetzt hören wir, daß diese politische Erklärung ganz etwas ist; es handelt sich nur um ein Vereinsabzeichen. „Sprechen Sie“, heißt der Bericht, der die Schwarzrot-goldene Fahne als Vereinsabzeichen eingeführt hat?

Handel und Gewerbe im Landtag.

Am Montag begann der Landtag die Reihe der Etatsberatungen mit dem Haushalt für Handel und Gewerbe. Das ist ein Gegenstand, der dem Brennpunkt der Parteipolitik einigermaßen entzweit ist und dafür den Sachverständigen Gelegenheit bietet, sich in eine Fülle von Detailfragen zu vertiefen. Den Reigen eröffnet Genossin Hanna, die sich vor allem der immer noch zahlreichen Mißstände auf dem Gebiete des Lehr- und Lehrlingswesens, der Fortbildungsschulen und der Gewerbeaufsicht annimmt. Mit gründlichster Kenntnis der Einzelprobleme ausgekuffet, bringt sie viele wertvolle Anregungen und Forderungen, bei denen „zur Hottagen muß, daß sie nicht schon damals verwirklicht worden sind, als für soziale Zwecke noch reichlich Mittel vorhanden gewesen wären. Die Abgeordneten des Zentrums und der Rechten, die dann zu Worte kommen, greifen vornehmlich einige Einzelfragen heraus, und beantworten die Wünsche besonderer Interessengruppen, die ihnen besonders am Herzen liegen. Die Debatte schreitet nur langsam vorwärts, trotzdem die Teilnahme des Hauses gering ist. Die erste Redeperiode ist noch nicht erschöpft und für morgen ist von der zweiten Redeperiode noch eine ausgiebige Erörterung, besonders über Handelsfragen, zu erwarten.

6 Milliarden für den Wohnungsbau?

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Montag mit einem Antrage des demokratischen Abgeordneten Bahr, die Mißsteuer, die bisher 5 bis 10 Prozent beträgt, für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 auf 110 vom Hundert des Nutzungswertes zu erhöhen. Kleinrentner mit einem Einkommen bis zu 15 000 Mark sollen von der Abgabe befreit werden können. Gegen diese gewaltige Erhöhung der Mißsteuer wandte sich der Staatssekretär im preussischen Wohlfahrtsministerium vom Scheitel.

Er würde begrüßen, wenn die Mißsteuer auf etwa 20 bis 30 Prozent erhöht würde. Mehr aber sei jetzt nicht zu tragen. Berücksichtige man, daß zur Mißsteuer noch die wachsenden staatlichen und gemeindlichen Grundsteuern und die unvermeidlichen Reparaturkosten kommen, so erreichte bei der Annahme des Antrages Bahr die Mietpreiserhöhung etwa 250 Prozent. Das würde eine Revolutionierung unseres Wohnungswezens bedeuten. Die Neubautätigkeit sei übrigens nicht nur eine Finanzfrage, sondern eine Frage der gelehrten Arbeiter. Infolge Abwanderung, Kriegsverluste und Mangel an Nachwuchs fehle es sehr an geeigneten Bauarbeitern. Abg. Silberstein (Soj.) wandte sich ebenfalls gegen den Antrag Bahr. Silberstein hat auf dem Mieterkongress in Dresden den Einbruch gewonnen, daß die Mieter gewillt sind, eine Mietpreiserhöhung zu tragen, wenn sie Sicherheit für die Erfüllung folgender Bedingungen haben: 1. Ausbau des Mietrechts, 2. Absolute Gewißheit, daß die Mietpreiserhöhung der allgemeinen Wohlfahrt und nicht der Bereicherung der Hausbesitzer dient, 3. daß es sich nur um Zwischenschritten handelt. Im Laufe der langen Debatte schlug der Zentrumsabgeordnete Schäfer eine freiwillige Ueberarbeit der gelehrten Bauarbeiter und eine zweiprozentige Mißsteuer, die von den Unternehmern getragen werden sollte, vor. Schließlich faßte der Ausschuß seinen Willen in folgender Resolution zusammen, die der Reichsregierung als Richtlinie für die alsbaldige Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau dienen soll:

1. Es ist anzustreben, daß in den Jahren 1922 bis 23 mindestens je 200 000 Wohnungen gebaut werden.
 2. Zur Deckung der unrentierlichen Baukosten sind im Jahre 1922/23 von den Ländern und Gemeinden mindestens 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen.
 3. Zu diesem Zwecke ist das Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni (Mißsteuer) weiter auszubauen.
 4. Sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Baukosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgaben aufzubringen, so ist den Ländern zu überlassen, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden.
- Ein Antrag Silberstein empficht der Reichsregierung, neue Quellen zur Finanzierung von Neubauten durch Leistungen zu erschließen, die von der Industrie und der Landwirtschaft aufgebracht werden. Gegen die Punkte 3 und 4 der Resolution stimmten die Unabhängigen und die Kommunisten.

Dr. Gradnauer voransichtlich sächsischer Gesandter.

Das parlamentarische Reich wird mitgeteilt, daß dem Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, von dem sächsischen Ministerpräsidenten Bud die sächsische Gesandtschaft in Berlin angeboten und mitgeteilt worden ist, daß die Regierung Sachsen ihm in aller Kürze offiziell die Gesandtschaft in Berlin übertragen werde. Dr. Gradnauer hat sich dem sächsischen Ministerpräsidenten gegenüber bereit erklärt, gegebenenfalls das neue Amt anzunehmen, gleichzeitig aber gebeten, die Neubestellung nicht vor der endgültigen Regelung der Koalitionserweiterung im Reich vorzunehmen.

Eadlich Schluß mit einem verfassungswidrigen Mähchen!

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Verleumdung von Scheiffchen Albern am 30. September 1921 eingestellt worden ist. Zugleich wird bekanntgegeben, daß Scheiffchen am Scheiffchen Albern von verantwortlicher Stelle niemals verurteilt worden sind.

100%

Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.

Amerikanisches Copyright des Welt-Verlag, Berlin-Halensee.
 6) (Nachdruck verboten.)

„Ja, ich kenne ihn“, rief Peter.
 „Du hast ihn schon besser. Können Sie ihn nicht kenne?“
 „Ich... ich weiß nicht. Ein großer Mann.“
 „Sie sagen, er ist ein mittelgroßer Mann.“
 „Er ist ein mittelgroßer Mann.“
 „Ein deutscher Mann?“
 „Ja, ein deutscher Mann.“
 „Kennen Sie auch Frau Gombel, die Musiklehrerin?“
 „Ja, ich kenne sie.“
 „Haben Sie bei ihr im Hause verkehrt?“
 „Ja, ich habe bei ihnen im Hause verkehrt.“
 „Wo ist das Haus?“
 „Ich weiß... das heißt...“
 „Wo ist es in der Berber Straße?“
 „Es liegt in der Berber Straße.“
 „Und er hat Sie gemietet, damit Sie ihn die Reisetische mit den Bomben tragen. Richtig?“
 „Ja, er hat mich gemietet.“
 „Und er hat Ihnen gesagt, was die Reisetische enthält, nicht wahr?“
 „Er... er... Das... ich weiß nicht.“
 „Sie wissen nicht, wo er es Ihnen mitgebracht hat?“
 „Ja, er hat es mir gezeigt.“
 „Sie wissen nur die Reisetische?“
 „Ja, ich weiß das genau.“
 „Kennen Sie den Herrn Jones?“
 „Ja, ich kenne ihn.“
 „Er war es, der den Kartensatz, nicht wahr?“
 „Ja, er hat den Kartensatz.“
 „Woher habe er das?“

„Er brachte auch die Reisetische auf dem Kartensatz, nicht wahr?“
 „Das hat er.“
 „Sie kennen auch Eddie, und wissen, was er getan hat?“
 „Ich weiß es.“
 „Und Sie sind bereit, mir alles zu sagen, was Sie wissen, nicht wahr?“
 „Ja, ich werde es sagen, werde Ihnen alles berichten, was Sie...“
 „Sie werden alles berichten, was Sie wissen?“
 „Ja, Herr.“
 „Und Sie werden bei Ihrer Aussage schreiben, nicht verhehlen Sie irgendwas?“ Sie werden doch nicht wieder ins „Loch“ kommen?“
 „Nein, Herr.“
 „Wahrscheinlich erhalten Sie keine große Strafe, ein gefälliges Dokument, das aus einigen mit Reisetische bedeckten Seiten besteht. „Peter Gombel“, lesen Sie. „Ich habe über Sie Grundgesetze erlassen, und ich glaube, wie weit Sie an dieser Angelegenheit beteiligt sind. Wenn Sie dies lesen, werden Sie sehen, wie gut ich informiert bin. Sie werden keine einzigen Zeilen enthalten können.“ Das sollte ein Loch sein, doch war der arme Peter davon kein wenig geblendet, daß er gar nicht mehr wußte, ob es auf der Welt noch ein Loch gebe.
 „Dies ist Ihre Aussage. Schreiben Sie.“
 „Können Sie die Polizei und Ihren Namen?“
 Peter nahm das Dokument in seine zitternde Hand — die andere war nicht gefährt. Er versuchte zu lesen, doch hatte keine Hand bekommen, daß er sie nicht lesen konnte und aus Entsetzen er auch, daß ihm keine Augen mehr wieder an das Licht gebracht hätten. Er versuchte die Schrift nicht zu entziffern. „Ich kann nicht“, stammerte er.
 Der andere nahm ihm das Papier aus der Hand. „Ich werde es Ihnen versetzen. Hören Sie zu und denken Sie gut nach, ob alles stimmt.“
 Und Gombel begann das lange Dokument zu lesen. „Sie Peter Gombel sagt mir, daß Sie...“
 „Ja, es war eine lange und sehr wichtige Geschichte über einen Mann namens Jim Gombel und dessen Frau, welche über drei andere Männer, deren Namen Sie nicht wissen, verhandelt hat. Das Material für die Fortsetzung der Bomben zu machen, als Peter Jones, dessen Namen Sie nicht kennen.“

hätte in einem bestimmten Raum, in einem bestimmten Haus die Bomben zu verfertigen, wie sie die Bomben in eine Reisetische verpackt hatten, dazu eine Uhr, damit die Bomben zeitlich explodieren, und wie Jacobs, der Karrenführer, diese Bomben bis an eine Ecke der Hauptstraße befördert hatte und wie sie dann die Reisetische mit den Bomben auf der Straße gelassen hatten, durch die der Kriegsbereitschaftszug kommen sollte.
 Alles war ganz klar und verständlich. Peter hätte am liebsten vor Freude aufgeschrien, da er den Worten lauschte; nun wußte er, wie es anfangen mußte, um aus seiner furchtbaren Lage zu entkommen. Nun wußte er, was er der Polizei zu sagen hätte müssen. Deshalb hatte Guffen ihm alles nicht schon längst mitgeteilt. So daß er es hätte wissen können, ohne seine Finger ausgereckt und sein Gelenk verletzt zu bekommen?
 „Ist das Ihr Geständnis?“ fragte Guffen.
 „Ja“, entgegnete Peter.
 „Sie werden es aufrecht erhalten?“
 „Ja, Herr.“
 „Wir können uns auf Sie verlassen? Sie werden keine Dummdinge mehr machen?“
 „Ja, Herr.“
 „Sie schwören, daß all dies wahr sei?“
 „Ich schwöre.“
 „Werden Sie nun niemandem überreden lassen, die Aussagen zurückzunehmen? Was auch immer man Ihnen sagen mag?“
 „Nein, Herr.“
 „Gut“, meinte Guffen, und aus seiner Stimme tönte die Erleichterung eines Gefährten, der seinen ein wichtiges Geschäft abgeschlossen hat. Er wurde später menschlich, da er fortfuhr: „Peter, jetzt sind Sie unter Mann, und wir werden auf Sie zählen. Sie werden natürlich, daß wir Sie als Zeugen zurückhalten müssen, doch sind Sie kein Gefangener mehr, werden gut behandelt werden. Wir werden Sie ins Gefängnishospital schicken, dort bekommen Sie gut zu essen, brauchen nicht zu arbeiten. In einer Woche etwa werden Sie vor die Geschworenen kommen. Inzwischen — Sie verstehen, niemandem ein Wort. Vielleicht werden Sie versuchen, etwas aus Ihnen herauszuquetschen, aber öffnen Sie den Mund in dieser Angelegenheit nur mir gegenüber. Ich bin Ihr Borgelichter und werde Ihnen sagen, was Sie zu tun haben. Ich werde Ihnen helfen. Verstanden?“
 „Ja, Herr“, erwiderte Peter.

Zwei französische Reden.

In der Völkerbundsversammlung am Sonnabend die Beschlusfassung über die Anträge der Abrüstungskommission statgefunden. Außer einer Reihe kleiner Vorschläge über die Regelung des Waffenhandels, die Einschränkung der Anwendung giftiger Gase und die Aufstellung von vorbereitenden statistischen Erhebungen in der Abrüstungsfrage wurde vom Berichterstatter, Lord Robert Cecil, der bekanntlich nicht seine eigene engliche Heimat, sondern Südafrika in Genf vertritt, ein Antrag zur Ausarbeitung eines Planes für Rüstungsbeschränkungen vorgelegt. Der weitstreichende englische Vorschlag forderte in seiner Rede eine groß angelegte Weltpropaganda für die Rüstungsbeschränkung und schloß mit einem Appell an die Arbeiterklasse für einen bürgerlichen Vorkämpfer in dieser Stellung immerhin ein Bekenntnis zu der grundlegenden politischen Auffassung der sozialdemokratischen Internationale, das festgehalten zu werden verdient!

Größeres Aufsehen noch als diese Rede erregte aber eine Ansprache des französischen Delegierten Noblemaire, eines im Kreise in führender Stellung tätig gewordenen Offiziers. Der französische Regierungsdelegierte kam auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu sprechen, das für die französische Politik in der Abrüstungsfrage grundlegend sei. Seine Rede hat praktische Bedeutung, weil sie die Zustimmung der französischen Regierung zu den vorstehenden, aber immerhin doch einen halben Schritt weiter führenden Anträgen der Abrüstungskommission begründete. Sie verdient aber auch, in ihren rein rhetorischen Hauptstellen festgehalten zu werden, da sie die Stimmung des vernünftigeren Teils der französischen Öffentlichkeit, wie jeder Blick in die Pariser und noch mehr in die französische Provinzpresse zeigt, widerspiegelt.

Er betonte zunächst, indem er an seine eigenen Kriegserlebnisse erinnerte, daß man auch die Gefühle und die Tapferkeit beim Gegner achten müsse. Genau so wie der französische Soldat vor dem Tod im Felde als letztes Wort „Es lebe Frankreich“ ausgerufen hat, sind auch Hunderte und Tausende von deutschen Soldaten mit dem Ruf auf die Lippen gestorben: „Es lebe Deutschland!“ Warum, so rief Noblemaire aus, sollen diese heiligen Wünsche unserer Soldaten — und ich sage das Wort „Soldaten“ von ganzem Herzen, indem ich mich bemühe, die Ausdrücke, deren Schrecken wir nicht wieder erleben wollen, zu vergessen — warum sollen diese Wünsche sich nicht als verwirklichen? Warum soll es unmöglich sein, daß in Zukunft Frankreich lebt, aber auch Deutschland lebt? Warum soll es nicht ein freies und friedliches Frankreich nicht ein freies Deutschland leben können? Sind wir nicht gerade deshalb hier, um dieses Ereignis, das in sich das Glück und den Frieden eines großen Teils der Welt birgt, zu ermöglichen und es in Höhe zu ermöglichen? Noblemaire glaubt, daß dieses Ziel mit dem Zusammentreffen der Bourgeois zu verwirklichen ist, das heißt, wenn Frankreich die notwendigen Wiederergänzungen, die notwendigen Sicherheiten durch eine vollständige und loyale Ausführung des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerbündnisses selbst bilden, erhalten hat. Heute sind diese Sicherheiten noch nicht vollständig erreicht.

Wahr sind die materielle Abrüstung Deutschlands und die Absteigerung der Waffen so gut wie vollzogen. Aber die Möglichkeit neuer Rüstungen ist noch nicht beseitigt, so daß die Fortführung der bisherigen Kontrolle nicht überflüssig ist, so wenig wie die in Artikel 218 und die durch den französischen Antrag für alle Staaten vorgesehene Ueberwachung.

Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Noblemaire die Forderung moralischer Abrüstung, die wichtiger sei als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich die moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen. Wie steht es mit Deutschland? Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Geister und der Herzen vollzogen hat, aber wir wissen zu gut, daß sie noch auf starke Widerstände stößt. Wir leben, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt: des Krieges und des Revanchegedankes gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, zwischen den Tugenden und der Demokratie, und da können wir uns unsere Sicherheit, die mit der Sicherheit ganz Europas zusammenfällt, gewiß und voll erst am Tage vorstellen, an dem die deutsche Revanche unbedenklich ist, sich selber demokratischer Einrichtungen erweist, und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Friedens, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerbundes selbst sind. Wer aber will bestreiten, daß in dieser Stunde der Ausgang des Duells noch unklar ist, daß wir infolge dessen mit Gewehr bei Fuß dastehen müssen. Das ist, so führte Noblemaire weiter aus, kein Militarismus, sondern einfach der Wille, nicht noch einmal die Grauel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeitet Frankreich im Völkerbund und werde jetzt auch nach Washington gehen. Noblemaire schloß seine Rede mit den Worten: Ich glaube, den Willen meines Landes und auch des Völkerbundes in folgende Worte zusammenfassen zu können: si vis pacem, para pacem.

Die Bedeutung der Rede Noblemaires zeigt sich auch in der lebhaften Unterstreichung seiner Worte durch die nachfolgenden Regierungsvertreter, die seine Formeln zum Teil aufnahmen, und zum Teil besonders noch englischen Standpunkt, sehr wirksam ergänzten.

Hispanien-England

zunächst dem Verständnis Ausdruck, das England der französischen Auffassung entgegenbringe. Jedoch seien nach seiner Ansicht die friedlichen Gefühle nicht nur auf der einen Seite des Kanals. Der Friede Europas und der Welt wird erst möglich, wenn Frankreich und Deutschland ihre gegenseitig etwas vergessen haben. Er zitierte bei dieser Gelegenheit Beispiele ritterlicher Gesinnung deutscher Kriegsgewinnler und sagte schließlich, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England den Frieden wolle, Frankreich und England, erklärte er abschließend, sind in der letzten Zeit auf dem diplomatischen Boden Europas nicht immer einig gewesen. Neugierig will ich aber nichts darüber, meine Herzen. Beide Staaten verfolgen das gleiche Ziel, beide wollen für den Frieden arbeiten, selbst wenn sie in den Methoden nicht übereinstimmen.

Lord Robert Cecil.

der die Debatte beschloß, bezeichnete die Rede Noblemaires als das große Ereignis der gegenwärtigen Tagung. Er ist einverstanden damit, daß man der Fremdenpolitik Englands für Frankreich Ausdruck gibt, daß es aber für unethisch, wenn man nicht auf gewisse Rücksichtnahme, die in der öffentlichen Meinung weiterbestehen, hinweist, die allerdings durch Reden — die der französischen Delegierten gerichtet werden können. Er wies, daß Noblemaires Rede in England, vor allen Dingen aber auch in Deutschland gelesen wird. Cecil schloß mit den Worten: Im dem Kampfe zwischen dem Deutschland der Tugenden und dem Deutschland der Demokratie muß der Völkerbund sich auf die richtige Seite stellen und allen denen seine Hilfebereitschaft anbieten, die dort für den Frieden arbeiten.

Die vorstehende Form dieser Friedensrede, zunächst aber auch ihre innerpolitische Bedeutung, wird durch die gleichzeitige Rede des alten Clemenceau beleuchtet, der bei der Einweihung eines ihm selbst gewidmeten Denkmals in der Vendée ganz andere Töne anschlug, als der französische Regierungsredner.

In Versailles habe man Deutschland auf die Knie gezwungen. Warum habe man ihm gestattet, das zu verzeihen? Man habe Deutschlands Unterwerfung für Verpflichtungen erlangt, die nicht mehr zählen. Nach dem Wortlaut des Friedensvertrages hätten die „Verbrecher“ der deutschen Armee von den Ländern abgeurteilt werden müssen, was seit daraus geworden? Richter und Beschuldigte, die Banditen von Leipzig, seien im Triumph herumgetragen worden, ihre Opfer habe man ausgepißt. Nach der vollkommenen Beilegung der Reparationen, die Deutschland für seine barbarischen Verwüstungen schulde, habe nichts höher als das Interesse der Sicherheit Frankreichs. Um den Frieden aufrechtzuerhalten, hätten Frankreichs Allierierte die Notwendigkeit begriffen, ihm ihren Beistand anzubieten, ohne zu warten, daß der französische Unterhändler ihn verweigert hätte. Sie hätten Verpflichtungen unterzeichnet, von denen eines Tages die Rede sein werde. Er sehe wohl ein, daß man den Weltfrieden sicherstellen sollte bis zum äußersten Osten. Aber der pazifische Ocean sei sehr weit und die deutsche Grenze sehr nahe. Die Washingtoner Konferenz könne bei der augenblicklichen Lage der Dinge eine schöne Gelegenheit finden, die Gefahr der Ausföhrung wieder gut zu machen. Gebe es jemand, der nicht erkenne, daß eine finanzielle Niederlage Frankreichs in diesem Augenblick für Frankreich die gleichen Folgen wie eine Niederlage der Waffen haben würde? Er gebe keine allierierte Regierung, die aus Gründen eines umfangreicheren Verkehrs die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit auf Kosten Frankreichs begünstigen wolle. Denn das wäre Verrat. Frankreich verziehe ebenwovon auf die Anerkennung des ihm Gebührenden wie auf die Bürgerrechte für seine Sicherheit.

Die deutsche bürgerliche Presse bringt die Rede des alten Clemenceau zum großen Teil viel ausführlicher als die des französischen Regierungsvertreters. Als ob ähnliche Reden nach Deutschland erst importiert werden müßten! Bezeichnend ist immerhin doch, daß der Rede Clemenceaus kein französischer Regierungsvertreter beiwohnte.

Änderung des Völkerbündnisses.

Die Völkerbundsversammlung hat die von der ersten Kommission vorgeschlagene Neufassung des Artikels 26 mit unbedingten Änderungen angenommen. Danach wird für Veränderungen Zweidrittelmehrheit der Versammlung einschließlich aller anwesenden Delegierten der im Rate vertretenen Staaten gefordert, für die Ratifikation von Änderungen einfache Mehrheit der im Rate vertretenen Staaten. Die Ratifizierung hat nach 22 Monaten zu erfolgen. Jedes Mitglied, das die Änderung bis dahin nicht ratifiziert hat, kann im Laufe des Jahres dem Generalsekretär Kenntnis von seiner Weigerung geben. Es hört dann gleichzeitig auf, Mitglied des Völkerbundes zu sein. Dann trat die Versammlung in die Debatte über die Änderungsanträge zu Artikel 16 ein. Schweden-Holland machte den überraschenden Vorschlag, angesichts der ungelärten Rechtslage und der großen Hilfe in den Beschlüssen über die Wirtschaftspolitik, sowie der besonderen Bedürfnisse der kleinen Staaten die endgültige Beschlusfassung auf das nächste Jahr zu verschieben. Inzwischen soll das Problem der Wirtschaftskrisis noch einmal sorgfältig geprüft werden. Der Antrag wurde von den Berichterstattern Schanzer und Lord Robert Cecil bekämpft. Die Weiterberatung wurde auf morgen verlagert.

Gewerkschaftsbewegung.

Zu den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter.

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhalten wir folgendes Schreiben:

Der Magistrat berichtet unter „Lohnforderung für städtische Arbeiter“ unter anderem, daß die städtischen Arbeiter eine Gleichstellung mit den nur augenblicklich etwas besser bezahlten Staatsarbeitern verlangen. Es soll hierdurch der Ansehensgewinn werden, als wenn nur augenblicklich eine bessere Entlohnung der Reichs- und Staatsarbeiter in Frage kommt. Daß diese Notiz durchaus irreführend ist, mögen folgende Vergleiche beweisen.

Es erhielten die Reichs- und Staatsarbeiter vom 1. Januar bis 1. August einen Stundenlohn:

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 5,30-5,40 5,00-5,10 4,80-4,90

vom 1. August ab erhielten:

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 6,30-6,40 6,00-6,10 5,80-5,90

Es haben also demnach die Breslauer Gemeindearbeiter, soweit sie verheiratet sind und über 24 Jahre alt sind, weniger pro Stunde erhalten:

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 Pf. 30-35 Pf. 20-25 Pf.

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 40-45 " 30-35 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 40-45 " 30-35 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

Handwerker: Angelehrte: Ungelehrte: 40-50 " 30-35 " 20-25 "

240 118, Schweiz 228 588, Niederlande 216 581, Griechenland 170 000, Ungarn 152 441, Norwegen 150 000, Südafrika 80 000, Lettland 90 000, Lützenburg 27 000, Jugoslawien 25 000, Peru 25 000 und Bulgarien 4000.

Aus der Provinz Schlesien.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen.

Die Bezirksgruppe Mittelschlesien der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen hält Donnerstags, den 6. Oktober 1921, nachmittags 3 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses zu Breslau, Margaretenstraße 17, ihre Bezirksstagung ab. Alle sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen sind herzlich eingeladen.

Die Siedlungsfreundlichkeit der Großgrundbesitzer im Kreise Gubrau.

Am 16. September 1920 fand im Gasthaus zu Globitzschen eine Siedlungsversammlung der Interessenten statt. Erschienen waren außer den Gemeindegliedern die KreisSiedlungskommission, Herr Direktor Pöhl, Herr Amtsvorsteher Günther, Herr Rittersgutsbesitzer Gottfried Hoffmann von Dominium Globitzschen.

Nach langen Verhandlungen, die bis zum späten Abend dauerten, kam eine Einigung mit Herrn Hoffmann zustande. Es wurden folgende Areale vereinbart: 110 Morgen Ackerland für je 1000 Mark, für 90 Morgen Wiese je 1000 Mark, für 30 Morgen je 1500 Mark, für 20 Morgen je 900 Mark. Herr Siedlungsdirektor Pöhl fertigte den Vertrag an, der bis zum endgültigen Kaufvertrag durch das Kulturrat Glogau bestätigt werden sollte. Herr Gutsbesitzer Hoffmann erkannte durch Namensunterzeichnung den Vertrag an. Von Seiten der Gemeinde wurde er durch den Gemeindevorsteher Klmann und durch die Landwirte Kleiniger, Start, Hoffmann und Galley unterzeichnet.

Die katasteramtlichen Messungen wurden sofort in Angriff genommen und im Mai 1921 zu Ende geführt. Der endgültige Kaufvertrag wurde auf Freitag, 21. August 1921, festgelegt. Erschienen waren Herr Regierungsrat Pelker vom Kulturrat Glogau, sowie Herr Direktor Pöhl, der Vorsitzende Günther und die Interessenten der Gemeinde Globitzschen.

Herr Rittersgutsbesitzer Hoffmann, der nicht erschienen war, sandte ein Schreiben mit dem Bemerkten, daß er nicht in das Gasthaus käme. Nach Erledigung allgemeiner Angelegenheiten entschloß man sich in die Wohnung des Herrn Hoffmann zu geben, mit der Hoffnung, es würde nun zu einer Einigung kommen. Aber weit gefehlt. Herr Hoffmann hatte sich als Beifand Herrn Rechtsanwalt Cöster von Gubrau kommen lassen. Der Herr Rittersgutsbesitzer meinte nun, der Vertrag, den er im Jahre 1920 geschlossen hatte, hätte keinen Wert für ihn, weil er von dem damaligen Kulturratsvorsitzenden Herrn von Oude, dem früheren Landrat des Kreises Neleß in Polen, nicht unterzeichnet war. Dieser Herr von Oude hat den Vertrag beiseite gelegt und liegen lassen, bis er im April 1921 seinen Abschied als Kulturratsvorsitzender erhielt. Der Nachfolger, Herr Regierungsrat Pelker, hat den Vertrag auch nicht unterzeichnet, denn er meinte selbst in Gegenwart des Herrn Hoffmann, es sei ein Stück Papier und kein Vertrag, weil nicht alle Landbesitzer unterzeichnet hätten, sondern es hätten bloß die Landverteilungskommission, der Gemeindevorsteher und die Schifften unterzeichnet, aus diesem Grunde könnte er den Vertrag nicht anerkennen, sondern es müßte ein neuer Vertrag aufgesetzt werden.

Nun stellte sich heraus, daß Herr Hoffmann außer Kleinigkeiten, wie Wege- und Düngerbezahlung, die im alter Verträge nicht angeführt waren, aber von der Gemeinde bewilligt wurden, noch mehr Forderungen herausfinden wollte. Er verlangte 1000 Mark pro Morgen mehr, außerdem von einem kleinen Landwirt, der an sein Gut grenzt, 5 Morgen Gartenland für seine Dominiumarbeiter. Als diese Forderung abgelehnt wurde mit dem Bemerkten, daß das Privatigentum sei und die Gemeinde keinen Einfluß auf den Besitzer hätte, sagte er, der Besitzer würde es schon machen, wenn die Gemeinde ihn nur hoch genug entschädigte. Als die Gemeinde dies unbillige Verlangen zurückwies, war für ihn alles erledigt. Bemerkte sei noch, daß Herr Hoffmann schon seit April 200 000 Mark Geld als Anzahlung auf den Acker erhalten hat. Nun sagte er, er will das Geld wieder zurückhaben. Die Gemeinde verweigert die Annahme des Geldes mit der Meinung: Hast Du Geld genommen und die Unter schrift gegeben, kann auch nicht alles wieder rückgängig gemacht werden.

Es sind der Gemeinde bis jetzt 40 000 Mark Unkosten entstanden. Nun behält sich der Herr Rittersgutsbesitzer noch 65 000 Mark zurück auf zwei Jahre Pacht. Den Acker will er in acht Tagen wieder haben. Also wohl gemerkt: Das Geld került zwei Jahre Pacht, auf den Morgen pro Jahr 105 Mark, das ist ein gutes Geschäft. Nun soll die Enteignung eingeleitet werden, da werden wohl Jahre vergehen darüber. Nun liebe Gutsbesitzer, wer trägt nun die Schuld an diesen Mißständen? Gemeindevorstand Kleiniger-Gubrau.

Bentzen. Ein Schwerverbrecher festgenommen. Vor einigen Tagen wurde in Ober-Lasitz der Schwerverbrecher Paul Rosnik aus Michowitz festgenommen, der schon längere Zeit wegen schweren Raubes und verhafteten Markes kreditlich verfolgt wurde. Die ihm zur Last gelegten Straftaten hat er im Jahre 1920 in Klein-Patitschin, Kreis Gleiwitz, verübt.

Hindenburg. Erschossen. Freitag, abends 9 Uhr, wurde vor dem Rothischen Lokale auf der Hauptstraße in Hindenburg der jugendliche Arbeiter Paul Badura durch ein Geschöß getötet. Die Apo erschien in einem härteren Aufgebote vor dem Lokale, welches belebt und durchsucht wurde. Leider konnte der Täter nicht ermittelt werden. Der Erschossene ist erst 17 Jahre alt.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

Table with 4 columns: Currency, 8. 10., 90. 9., 8. 10., 90. 9. Rows include American Dollar, English Shilling, French Franc, Dutch Guilder, Swiss Franc, etc.

Weserkand

Table with 2 columns: Item, Price. Rows include Coffee (Unter-Regel), Rice (Ober-Regel), etc.

Aus der Geschäftswelt.

Das Schwereverbrechen Schillingers Straße 14 hat heute von Tauran aufzotendmäßig billiger Schilde herein bekommen und einen Sonderverkauf für Kinderbedürfnisse täglich von 6 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags eingerichted. Es gibt in diesen Zeiten keine Gabe, soweit der Vorrat reicht, von 6 bis 12 Uhr ab.

Am Lichtspiel
Schweinfelderstraße 37

Breslau hat wieder eine Sensation!
Pikantes der Großstadt! Von der Zensur freigegeben! Uraufführung!

Die Beichte der Bachantin
Ein Berliner Pflänzchen
im internationalen Sittenbild
Carrière

Aus dem Inhalt:
Die Liebschaften des Geigers. - Atelier-Geliebte. - Aus einem Absteigequartier. - Russisch. Liebeszitten. - Nach San Francisco verkauft.

Wenn ein Mädchen 6 Liebhaber hat
Fritzl's toller Einfall.

Bei Lichtspiel
Heinrichstraße 21-23
Moltkestraße 10

Ein Ufa-Schlager in 8 fabelhaften Monumental-Akten.
Großstadtseuchen
ein fesselndes Zeit- und Sittenbild

Am Webstuhl der Zeit
Käthe Haak, Mary Leiko

und andere Ufa-Sterne schufen durch hochkünstlerische Gestaltung einen Roman, dessen fesselnde Tiefen weit über dem Rahmen atemberaubende Spannung auslösen. 7243

Massenszenen packender Wirkung.

Harry Piel
Mitschnitt-Erfolge in 5 großen Rollen

mit wuchtiger Spannung wird in fesselnden Sensationen ein Verbrecher zur Strecke gebracht
Der Millionenraub.

Wer kennt diesen Kopf?
Geht Antwort unter D 251 Exp. d. Ztg.

Piel-Woche
ZEPHER KINO
Harry Piel
Die Gespenster-Nacht
2 Teil, 6 Akte.
Freitag bis Montag: Letzter Teil:
Piel's schwerster Sieg
6 Akte. 7238

Kadrennbahn Grünziche
Verein für Kadrennen
Sonntag, den 9. Oktober
Anfang 2¼ Uhr. Einlaß 1 Uhr.

Großer Preis von Deutschland
2 Stunden - Dauerfahren
Es starten:
Bauer, Berlin
Thomas, Breslau
Rosellen, Köln
Weiß, Frankfurt a. M.
Wittig, Berlin. 4445

Außerdem:
2 Fließerennen für Berufs- u. Herrenfahrer Training
Freitag und Sonnabend 4-5½ Uhr.

Eden Theater
Nikolaistraße 27

3
Erstaufführungen!

Lichtspiel Haus
Junkernstr. 38
zwischen Schweinfelder Straße u. Christopherstr.

4
Uhr täglich

Matthiasstraße 38
u. Moltkestraße 9

Intimes Liebesleben einer schönen Frau

Dämon Blut
Gefährliche Experimente

Der Schrecken der weißen Hölle
Amerikanischer Sensationsfilm aus dem Eisfelders Repertuar
6 große Akte 7250

Trotz ungeheurer Erfolge und total ausverkauften Vorstellungen nur noch bis Donnerstag

Der Roman eines Büromädchens
Die Schicksale der Miriam Bernard
Liebesbeichte einer Siebzehnjährigen
5 Akte mit
Hanni Weiss - Grete Welker 7249

2. Meisterdetektiv Joë Jenkins
erklärt den berühmtesten Erpresser
Der Fürst von Piccadilly
5 gewaltige Akte.

Der Dämon von Kolno
nach dem gleichnamigen Roman von Franz Skowronnek.
6 Akte
künstlerischer Darstellungskunst.

Der 800000 Dollar-Betrug
7248
Gefährliche 5 Akte.
1. Verbrechen. 2. Der falsche Bankrott. 3. Bankraub. 4. Die Falschmünzwerkstatt. 5. Die Sklaven von Kansas City.

Dazu: **Die Löwenjagd** ein originaler Trickfilm.

2. Abenteuer: **Der Meister des Bluffs**

1. Abenteuer: **Der geheimnisvolle Passagier**

In allen 3 Theatern: **NOBODY**
Der schärfste Sensationsfilm in 52 Abenteuer
aus aller Welt, mit Preisaufgaben in Höhe von 760000 Mk., die das Publikum gewinnt!
In der Hauptrolle der weltberühmte deutsche Artist **Sylvester Schäffer**
Jede Woche ein neues Abenteuer.

Theater-Café und Konditorei
am Kaiser-Wilhelm-Denkmal
Tel. R. 1825
Ab 1. Oktober täglich:
Künstler-Konzert
Kapellmeister: Geigenvirtuose **Wittig**

Odeon-Lichtspiele
Weinstr. 53 55.

Vom Sonntag bis Donnerstag: Eine in all. Genres mit **Riesen-Erfolg** aufgeführte wichtige, bedeutende Drama

Scherben!
5 in 1 Akte
Luc Penkert in der besten Lustspielrolle
Erf. Sie! und der Lackal
glän. Schwank in 3 Akten und der Lustschlager **Der Nacht im Kapellhaus!**

Jupiter Lichtspiele
Westendstraße 50 52 7245

Im Riesen-Programm:
Harry Piel in: Luftpiraten
I. und II. Teil
6 Akte in einem Programm. - Im Beiprogramm:
Zum Mörder aus Liebe
oder: **Sein Todfeind**
5 hochdramatische Akte mit **Sadja Gezza.**

Die Königin der Gartenstraße

SCHAUBURG VIKTORIA-THEATER
Beginn 7/25

Vor populärsten und volkstümlichsten 1927 in beiden Theatern: **Erstaufführung!** Die Wiederkehr ein Schlager-Programm!

Die Königin der Gartenstraße und **Duffendes Unkraut**
Eine Fülle eines Künstdramas in 6 Akten nach dem Roman: „Die Gamsblütigen“
Ankündung: Nur in der Schauburg! Ankündung: Nur in der DK-Theater!

Der Original-amerikanische Film:
Die gelbe Schmach von Sam
Auge um Auge 5 Akte

Gründliche Preise!!
3
Sensations-Schlager!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Oktober.

Sozialdemokratischer Verein.

Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause.

Öffentliche Versammlung.

Landtagsabgeordneter Kreisrat König aus Gwinemünde spricht über:

Schuleform und Kulturpolitik.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

im „Bergkeller“, Klefischaustraße. Rednerin: Klara Zils.

Erweiterter Parteivorstand. Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses:

Wichtige Sitzung.

Engerer Vorstand 6 1/2 Uhr.

Achtung, Jungsozialisten! Gemeindefestabend heute abend, pünktlich 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 32.

Achtung, Naturfreunde und Jungsozialisten! Besprechung der Jugendnachmittage heute, pünktlich 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 5.

Di Taktik der Rechtsbolschewisten.

Es lag nahe, daß die Rechtsbolschewisten auch jetzt wieder, genau wie nach dem Ausbruch der Kappisten, versuchen würden, die Gefahr eines neuen linksbolschewistischen Aufstiehs an die Wand zu malen, um Regierung und Bürgertum einzuschüchtern...

In Unverfrorenheit haben die Rechtsparteien bei uns noch nie Mangel gelitten. Und leider war die Behandlung, die sie von oben herab, auch nach der Revolution, noch erfuhren, derart, daß sie diese Eigenschaft nie länger als höchstens ein paar Tage zu verhehlen brauchten.

Die Rechtsbolschewisten warten auf einen Linksputsch. Der soll und darf diesmal nicht kommen. Volk und Regierung dürfen sich nicht wieder ablenken lassen von ihren nächsten, so außerordentlich dringlichen Aufgaben.

„Die gewaltige Masse der Arbeiterschaft denkt nicht daran, Paroleschmieden von dieser Art Gefolgschaft zu leisten, sondern sie wird wie bisher geschlossen zusammenstehen und sich lediglich nach den Anweisungen richten, die von den sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften ausgehen.“

Liebermann und die Orgeß.

Der Minister des Innern hat dem früheren Polizeipräsidenten Liebermann gestattet, im Breslauer Kommunistenprozess die Frage des Verteidigers nach dem in der „Volkswacht“ abgedruckten Briefe an Major Quets zu beantworten...

betroffen sei, wie es auch die Ausführungsbestimmungen des Ministeriums für solchen Fall klar ausdrücken. Ich bemerkte dazu, ich könne eine entsprechende Mitteilung machen, welche die Besorgnisse hoffentlich beruhigen werde.

Einige Tage später erhielt ich mit Verfügung des Regierungspräsidenten zur weiteren Veranlassung ein Telegramm des Ministers mit folgendem Inhalte: - für den Wortlaut kann ich nicht einstehen, aber für den Sinn:

„Erfolge Polizeipräsidenten zu veranlassen, auf Heimatschutzverband einzuwirken, daß er durch schnelle Durchführung beabsichtigter Säkungänderung und Fallentlassen des Selbstschutzes die von ihm vollzogene Trennung von der Orgeß völlig klarstellt.“

Die Verfügung war nicht als geheim bezeichnet, aber an mich persönlich adressiert, weil ich solche Behandlung als Chef der Behörde natürlich selbst führen mußte. Es lag auch an sich keinerlei Veranlassung vor, den dringlichen Erlaß geheim zu behandeln.

Als ich Major Quets die Absicht überlieferte, sagte ich mir nachträglich, daß wenn Major Quets den Schritt des Ministers ermähne, und dieser dadurch vielleicht öffentlich bekannt werde, in einer Zeit scharfer Parteigegegnisse, in der leider alles durch verzerrende Parteibrillen angesehen zu werden pflegt, dem Minister vielleicht so andere wichtige Vorwürfe einer Begünstigung des Heimatschutzverbandes gemacht werden könnten, wie sie mir jetzt tatsächlich gemacht worden sind.

Es ist also genau so, wie wir bereits in unserer Polemik gegen die „Breslauer Zeitung“ über den Fall Liebermann ausgeführt haben. Herr Liebermann ist ausgerutscht, weil wir einen Innenminister vom Schlage des Herrn Dominicus haben.

So wurde die Republik geschügt.

Zu dem Schriftwechsel mit Herrn Liebermann teilt uns ein hiesiger angesehener Rechtsanwalt mit: Vor etwa Jahresfrist boten in einer sonst nie erlebten propagatorischen Art eine Anzahl Zeitungsvorkäufer auf der Schweidnitzer Straße die sogenannte Schiebernummer des „Deutschen Wochenblattes“ an.

Vom Arbeiterbildungs-Ausschuß.

Nach dem lebhaften Vorverkauf zu rechnen, wird am Mittwoch die große Gemeinde unserer Musikrunde im großen Saale des Gewerkschaftshauses vollzählig versammelt sein. - Verwunderlich wäre es aber auch, wenn jemand, der sich an Musik erfreuen kann, eines der Konzerte in unserem Winterprogramm veräumen würde.

Tugend abzuweichen und polnische Wirtschaft einführen zu wollen. Auch in der Zeit der Revolution wurde von diesem Kleinteilsprinzip nicht abgewichen. Anders dagegen wird es nach dem 1. Oktober werden. Aus Sparmaßregeln wird die Summe, die bisher für die Reinigung der Schulen ausgegeben wurde, auf die Hälfte, bis 1/2 des gezahlten Betrages herabgesetzt.

Die Klante-Gläubiger

hatten sich am Montag abend im „Friedeberg“ versammelt, um von der Gläubigerkommission zu erfahren, was sie in Berlin ausgerichtet hat.

Nach dem Bericht der Kommission kam die brennendste Frage, ob noch etwas da ist und ob jemand überhaupt noch mal etwas bekommen wird, noch nicht beantwortet werden. Am 12. Oktober wird vor dem Amtsgericht Berlin-Lichtenberg eine Gläubigerversammlung stattfinden, wo dann der Gläubigerausschuß gewählt wird.

Achtung, Bauarbeiter!

In unserem gestrigen Vereinstalender ist ein kleiner Druckfehler unterlaufen. Es darf nicht heißen Mitgliederversammlung, sondern Bauarbeiterversammlung.

Bereinsachte Stenographie.

Der Stenographenverein macht im Anzeigenteil bekannt, daß Donnerstag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal Haase-Aushaus von Reichel, Promenade (neben Dominikaner) ein neuer Unterrichtskursus beginnt.

Ihr 40jähriges Bestehen feierte am Sonnabend die Breslauer Fabrik- und Parfettfabrik Louis Heine.

Die Fabrikanten und Parfettfabrikanten Louis Heine, vormals Hermann Wölker, Breslau-Kleinburg, die Handelskammer zu Breslau hat für diese Feier Ehrenurkunden ausgestellt für die Herren

Raubüberfall.

Ein auf der Frankfurter Straße wohnhafter Lokomotivführer war neulich auf seinem Heimwege überfallen, mißhandelt und dabei um 300 Mark beraubt worden.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Rehrans in Grünheide. Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, eröffnet der Verein für Radrennen zum letzten Mal in diesem Jahre seine Werten. Der Große Preis von Deutschland wird in einem Dauerrennen über 2 Stunden ausgetragen.

Die Ringlämpje in den Puna-Sälen, Alte Wilhelmshöhe, Hubensstraße, Endstation der Linie 6, zeitigten bei gutem Besuch folgende Resultate: Letto-Finland lieferte mit dem Litauer Jahlon einen brillanten Kampf, der innerhalb 20 Minuten zu keinem Ergebnis führte.

Bereinstalender.

Achtung! Steinarbeiter! Mittwoch, den 5. Oktober, abends 6 1/2 Uhr Merzstraße 26 Versammlung. Bunkelides und achte

